

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Rates der Stadt Jever

Sitzungstag: 08.11.2012
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 19:45 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Vredenburg, Elke

Stellvertretende Vorsitzende

Huckfeld, Renate

Ratsmitglieder

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bollmeyer, Matthias Dr.

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

außer TOP 19

Feldmann, Monika

Fessel, Jörg

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Janßen, Dieter

Jong-Ebken, Roswitha de

Kourim, Frank

Lange, Hans-Jürgen

Ludewig, Enno

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard

Sender, Alfons

Vahlenkamp, Dieter

Wolken, Wilfried

Zielke, Beate

Zillmer, Dirk

Verwaltung

Hagestedt, Uwe

Mühlena, Björn

Müller, Mike

Röben, Manfred

Rüstmann, Dietmar

Entschuldigt waren:

Ratsmitglieder

Hahn, Udo

Husemann, Horst-Dieter

Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt einstimmig beschlossen.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 8 über die Sitzung des Rates vom 27. September 2012 - öffentlicher Teil -

Herr Schwanzar führt zu diesem Tagesordnungspunkt aus, dass **er** sich die letzte Sitzung noch einmal angehört habe. **Er** habe die Aussage von Herrn Albers im Ohr, dass man das, was Herr Dr. Bollmeyer gesagt habe, hätte protokollieren müssen. Da man heutzutage zivilisiert miteinander umgehe, wolle **er** dieses nicht mit ins Protokoll aufnehmen lassen. **Er**

weist auf die Regeln hin, die sich der Rat gegeben habe, in der Öffentlichkeit nicht die Interessen Dritter zu verletzen. Für seine Fraktion missbillige er die Art und Weise, wie Herr Dr. Bollmeyer sich im öffentlichen Teil der letzten Sitzung des Rates zum Thema "Friesenenergie" geäußert und damit gegen Vereinbarungen, die im Verwaltungsausschuss getroffen worden seien, verstoßen habe. Diese Missbilligung wolle er aber nicht zum Antrag erheben sondern als Stellungnahme zum letzten Protokoll abgeben.

Diese Niederschrift wird sodann mit 26 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen (1 wegen Nichtteilnahme) genehmigt.

TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin über

TOP 6.1 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Die Bürgermeisterin informiert den Rat über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses in den Sitzungen Nr. 13. vom 16.10.2012 und Nr. 14 vom 30.10.2012. Eine Auflistung der Beschlüsse ist dieser Niederschrift beigelegt.

Anschließend gibt **Herr Röben** den Baubericht 06/2011-2016 über den Berichtszeitraum vom 26.09. bis zu 07.11.2012 bekannt, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt ist.

TOP 6.2 Wichtige Angelegenheiten der Stadt

Bürgermeisterin Dankwardt gibt folgende Termine bekannt:

Am Montag, den 12.11.2012, um 17:00 Uhr finde im Graf-Anton-Günther-Saal des Rathauses ein Workshop zum Thema "Klimaschutz" der Fa. Planet statt. Dieser Workshop richte sich an interessierte Ratsmitglieder und auch an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Jever. Die Klimaschutz-Teilkonzepte sollen umfänglicher vorgestellt werden, als dies im Ausschuss der Fall gewesen sei. Es werde Gelegenheit für Anregungen und Fragen geben.

Derzeit stehe die Verwaltung in Verhandlungen mit der Firma Friesenenergie. Die Beurkundung des Beitritts werde zwar erst im Dezember erfolgen, dennoch habe die Fa. Friesenenergie bereits jetzt darum gebeten, bekannt zu geben, dass am 26.11.2012 um 19:30 Uhr im Graf-Anton-Günther-Saal eine Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger stattfinden solle.

Bürgermeisterin Dankwardt führt aus, dass sie gebeten worden sei, mitzuteilen, dass die im Planungsausschuss vorgestellten Entwürfe der Architekten für den Neubau des Johann-Ahlers-Hauses für Jedermann im Flur des Bauamtes aushängen. Wer sich dafür interessiere, könne sich die Entwürfe im Rahmen der Öffnungszeiten ansehen.

Bürgermeisterin Dankwardt berichtet, dass **sie** dem Generalleutnant Kasdorf, der gebürtiger Jeveraner sei, zu dessen Ernennung zum Inspekteur des Heeres herzlich gratuliert habe. Dieser bedanke sich nun schriftlich bei Rat und Verwaltung seiner Heimatstadt für die guten Wünsche zur Amtsübernahme.

Abschließend teilt **sie** mit, dass ein Privatinvestor das Gebäude "Schlachte 10" erworben habe. Einem Abriss sei zugestimmt worden. Wenn das Gebäude wieder aufgebaut werde, müsse es sich dem Denkmalschutz unterwerfen. **Sie** denke, dass Rat und Verwaltung mit der Aufgabe der "Spange" richtig gelegen habe. Es gäbe bereits Signale dafür, dass es in diesem Bereich Anschluss- und Folgeinvestitionen geben werde.

TOP 7 Anträge und Beantwortung von Anfragen

Herr Harms schlägt zum geplanten Aushang der Planentwürfe für den Neubau des Johann-Ahlers-Hauses vor, Zettel auszulegen, um die Meinungen der Bürger zu diesem Thema zu erfragen. Darüber könne man ein umfangreicheres Meinungsbild bekommen und die Bürger beteiligen. **Herr Rüstmann** weist darauf hin, dass die Stadt Jever eine E-Mail-Adresse habe. Darüber könne jeder Bürger seine Meinung kundtun. Dieses wäre seines Erachtens der einfachere Weg. Darauf könne die Presse im Rahmen ihrer Berichterstattung hinweisen. Diese Verfahrensweise findet die Zustimmung des Rates.

TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Vorsitzende unterbricht für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzung, um anwesenden Einwohnern die Möglichkeit für Fragen zu geben. Es stellen sich **Frau Dr. Schmidt** und **Frau Kohl** vor. Diese haben Unterschriften für eine Fußgängerbedarfsampel an der Schillerstraße gesammelt. **Beide** begründen ausführlich die Notwendigkeit für den Bau einer Fußgängerbedarfsampel an der Schillerstraße und stellen die Frage, ob der Rat und die Verwaltung sich vorstellen könne, dort in Höhe der Rosenstraße eine entsprechende Ampel zu initiieren. **Sie** überreichen die Unterschriftenliste an die Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Dankwardt erklärt nach der Entgegennahme der Unterschriftenliste, dass **sie** die Frage nur insoweit beantworten könne, dass **sie** persönlich die vorgetragene Auffassung teile. **Sie** gehe davon aus, dass der Rat sich damit beschäftigen werde. Es bestehe aber das Problem, dass es sich hier um eine Landesstraße handele, so dass die Stadt Jever zunächst einmal nicht zuständig sei. Sie könne aber das Verfahren in Gang setzen. Das Thema werde mit dem Landkreis Friesland besprochen und solle auch in die Verkehrssicherheitsschau aufgenommen werden. Dann müsse abgewartet werden, wie die zuständigen Stellen entscheiden. Wenn der Bedarf dort nicht festgestellt werde, was durchaus der Fall sein könne, dann werde das Thema im Rat behandelt, ob die Stadt Jever bereit sei, hier Geld in die Hand zu nehmen, um eine solcher Bedarfsampel zu realisieren. **Sie** sichert Frau Dr. Schmidt und Frau Kohl zu, dass **Herr Mühlens** als zuständiger Fachdienstleiter sie auf dem laufenden halten und über den jeweiligen Sachstand informieren werde. Vermutlich werde sich die Bearbeitung über einen längeren Zeitraum hinziehen, so dass man Geduld haben müsse. **Bürgermeisterin Dankwardt** bedankt sich bei Frau Dr. Schmidt und bei Frau Kohl für ihr Engagement in dieser Sache.

Sodann eröffnet **die Vorsitzende** die Sitzung wieder.

**TOP 9 Bebauungsplan Nr. 90 N "Zur alten Gärtnerei" - Neufassung
(Erweiterung) -;
hier: Abwägung nach Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB bzw.
Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauG und Satzungsbeschluss**

**PlanA Nr. 8 vom 24. Oktober 2012
VA Nr. 14 vom 30. Oktober 2012
Vorlage: BV/0244/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Jever beschließt über die diesem Beschluss beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während der Auslegung nach § 3 Abs. 2 und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweisen. Der Geltungsbereich wird im Bereich des Flurstückes 1050/6 der Flur 7 um 0,75 m gekürzt.

Der Rat der Stadt Jever beschließt den Bebauungsplan Nr. 90 N „Zur alten Gärtnerei“ - Neufassung (Erweiterung) gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung. Dem Bebauungsplan wird die beigefügte Begründung beigegeben.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 10 Klimaschutz-Teilkonzepte;
hier: Vorstellung durch das Büro 'Planet GmbH, Oldenburg**

**BauA Nr. 9 vom 17. Oktober 2012
VA Nr. 14 vom 30. Oktober 2012
Vorlage: BV/0230/2011-2016**

Die Vorsitzende weist auch von ihrer Seite her darauf hin, dass am kommenden Montag ab 17:00 Uhr ein Workshop für die Öffentlichkeit im Graf-Anton-Günther-Saal statt finde. **Sie** wünsche sich, dass davon rege Gebrauch gemacht werde.

Herr Schwanzar führt zu dem Thema aus, dass in der Zeitung gestanden habe, dass Jever bei den erneuerbaren Energien bundesweit vorne liege. Hier werde mehr Strom produziert, als in Jever verbraucht werde. Dieses sei jedoch den Biogasanlagen geschuldet und dem Windpark, den ursprünglich eine Fraktion habe verhindern wollen und der durch den Flächennutzungsplan sehr viel größer geworden sei, als gedacht. Dem Vorschlag seiner Fraktion, eigene Solar- und Photovoltaikanlagen auf die städtischen Dächer zu setzen, sei leider nicht gefolgt worden. Dann habe sich die Sonnenstadt Jever sich derer angenommen. Wenn man dieses selber gemacht hätte, wäre die Stadt Jever heute in den schwarzen Zahlen und könne damit den Haushalt sanieren. Das Motto seiner Fraktion sei, mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben. Dieses Motto bestehe, seit im Rat über erneuerbare Energien gesprochen werde. Inzwischen wisse man, dass die erneuerbaren Energien und die

Energiewende zerredet würden. Es lägen einige Anträge im Rat vor, die seine Fraktion bereits vor einigen Jahren schon einmal eingebracht hätten. Beispielsweise sei der Energiecheck mit angestoßen worden. **Er** habe gedacht, dass diese Dinge nun nach und nach abgearbeitet würden. Man solle den Forderungen, die sich aus dem Klimaschutz-Teilkonzept ergeben, an dem leider nicht viele Ratsmitglieder mitgearbeitet hätten, nun folgen. Beispielsweise sollen die eigenen Altbauten saniert werden. Hierbei sollte man die eigenen Bürger mitnehmen. Außerdem sei der Ausbau von Nahwärmenetzen empfohlen worden. **Er** habe sich beim Leiter des Abfallzweckverbandes informiert. Die Ortschaft Wiefels solle jetzt mit Nahwärme von der Deponie versorgt werden. Hier könne man über einen Anschluss für Jever nachdenken und dieses durchrechnen. Die Stadt Jever müsse versuchen, die Energiewende in Jever zu unterstützen. Man könne in Zukunft auch über ein eigenes Windrad nachdenken. Der Kämmerer sei sicher daran interessiert und befasse sich evtl. auch schon mit diesem Thema. Am Wochenende sei seine Fraktion auf der Energiemesse gewesen. Dort habe man gesehen, wie viele Innovationen in unserem Land durch die Energiewende entstehen. Es werde immer gefordert, dass neue Baugebiete ausgewiesen werden. Dieses gehe seiner Ansicht nur noch, wenn man Null- oder Niedrigenergiehäuser zulasse, damit in die Zukunft geplant werde. Außerdem solle bei der Planung des Neubaus des Johann-Ahlers-Hauses eine sehr energieeffiziente Lösung gesucht werden. Die Altenwohnungen an der Milchstraße und der Raiffeisenstraße seien im Bauausschuss behandelt worden. Hierfür seien Konzepte von jungen engagierten Ingenieuren erarbeitet worden. Die Stadt müsse diese nun einfach umsetzen. Dafür müsse nicht wieder ein neuer Antrag gestellt werden. Wichtig für das Klima seien auch die Bäume. Wenn man Klimaschutz wolle, müsse dort genauer hingeschaut werden. **Er** vertrete die Ansicht, dass die schützenswerten Bäume kartiert werden müssen. Dem Vorrang der Motorsäge müsse Einhalt geboten werden. Dieses bedeute nicht, dass Bäume nicht gefällt werden dürfen. Hier solle aber genauer hingesehen und die Menschen motiviert werden. Ein Hochzeitswald sei denkbar, der zu einem Grüngürtel gehören könnte. In Sachen Klimaschutz und erneuerbare Energien sei noch viel zu tun. Die Bürger hätten ihren Beitrag zum Teil geleistet, die Stadt Jever noch nicht.

Die Biogasanlagen seien nicht optimal, da die Wärme nicht optimal verwertet werde. Die geplante Energiegenossenschaft in Rahrdum sei nicht zustande gekommen. In Grappermons werde diese vorbildlich betrieben, aber andere Biogasanlagen im Gewerbegebiet, die das Freibad beliefert haben, müssen wieder in die Pflicht genommen werden. Dort müsse es effizienter laufen.

Herr Janßen spricht sich gegen die Biogasanlagen aus. **Er** halte diese Art der Energieerzeugung für sehr fragwürdig und verwerflich, weil dafür Lebensmittel zur Energieerzeugung herhalten müssen. Bei der Windenergie sehe dieses anders aus. Seine Fraktion sei auch für schwarze Zahlen und daher für die Photovoltaikanlage im Gewerbegebiet Am Leeghamm gewesen. Hier habe dem Rat der Mut gefehlt.

Er gebe Herrn Schwanzar außerdem bezüglich der Windenergie recht. Die Stadt solle versuchen, wo auf dem Fliegerhorst Upjeve kein Flugbetrieb mehr stattfinden solle, mit den Verantwortlichen Kontakt aufnehmen, um die Möglichkeit für die Aufstellung von einer oder mehrerer Windkraftanlagen auszuloten. Die Stadt Jever könne diese entweder selbst betreiben oder einen Bürgerwindpark einrichten. Hierauf müsse in nächster Zeit der Schwerpunkt gesetzt werden. Bezogen auf das Klimaschutz-Teilkonzept solle die Stadt Jever nicht nur als Wohnstandort eine Vorreiterrolle einnehmen, sondern auch beim Klimaschutz. Aus diesem Grund sei es gut, dass sich die Stadt Jever an dem Projekt des Büros Planet GmbH beteilige. Aus dem Bericht sei positiv zu erwähnen, dass die regenerativen Anlagen im Stadtgebiet schon jetzt mehr Strom erzeugen, als in Jever verbraucht werde. Dieses sei sehr selten. Negativ sei, dass bei der Sanierung von Altbauten, wozu auch viele städtische Gebäude gehören, ein großer Nachholbedarf bestehe. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass dieses Konzept nicht nur Papierform bleiben, sondern mit Leben erfüllt werden müsse. Dieses koste zwar Geld, werde sich aber auf Dauer auszahlen. Investive Energiesparmaßnahmen müssen in künftigen Haushalten Berücksichtigung finden. Im

zuständigen Bau- und Umweltausschuss soll eine Prioritätenliste ähnlich wie bei der Straßensanierung entwickelt werden, so dass die energetische Gebäudesanierung im öffentlichen Bereich Stück für Stück abgearbeitet werde. Die Prioritätenliste soll enthalten, wo die Schwerpunkte seien, wo angefangen werden müsse und welche Kosten dafür entstehen. **Er** bittet den Kämmerer darum, dieses bereits im nächsten Haushalt zu berücksichtigen. Dieses wäre ein wichtiger Schritt zu einer klimafreundlichen und sich selbst versorgenden touristisch attraktiven Stadt. **Herr Janßen** wiederholt, dass die Stadt daher an dem Konzept festhalten solle und dass am Montag ein Workshop statt finde, zu dem die Bürger eingeladen seien, um die es auch gehe.

Herr Rüstmann nimmt sodann Stellung zu den zuvor getätigten Ausführungen von Herrn Schwanzar und Herrn Janßen. Ein solches Gutachten habe oftmals die Auswirkungen bei den Ratsmitgliedern, dass bestimmte Dinge sehr einseitig betrachtet werden. Dieses gelte insbesondere für den Bereich der Energiesparmaßnahmen, die gemacht bzw. unterlassen wurden. **Er** weist darauf hin, dass allein für die städtischen Altenwohnungen in den letzten 12 Jahren mehr als 1 Millionen Euro investiert worden sei, um bereits lange vor diesem Gutachten die dortigen Zustände zu verbessern. Es sei richtig, dass vieles noch gemacht werden müsse. Man solle aber bei Diskussionen, auch in anderen Bereichen, nicht unterschlagen, was die Stadt bereits geleistet habe. Damit stelle sie sich schlechter da, als sie tatsächlich sei. Daher sei eine differenzierte Betrachtung angezeigt. Die einzelnen Maßnahmen seien aufgelistet und dem VA-Protokoll beigefügt worden. Es solle nun mit Augenmaß weiter gemacht werden; man solle aber der Öffentlichkeit auch sagen - dieses gelte auch für die Berichterstattung in den örtlichen Zeitungen -, dass man in der Vergangenheit nicht geschlafen sondern bereits einiges gemacht habe. Geschlafen habe man auch nicht in Sachen Windkraft. Hier liege das Problem darin, dass die Bundeswehr sehr schnell fliegen könne, aber in der Administration sehr langsam sei. **Er** sei seit über 2 Jahren mit der Luftsicherung der Bundeswehr in Köln wegen der Bauhöhenbegrenzung im Gespräch. Leider bekomme man keine endgültige Entscheidung. Es sei eine gesetzliche Regelung, dass eine Bauhöhenbegrenzung einzuhalten sei. Dieses Gesetz sei noch nicht aufgehoben worden. **Er** habe verschiedene Ansprechpartner, die er regelmäßig anrufe. Diese habe **er** persönlich bei einer Veranstaltung in Wittmund getroffen. Es sei sehr schwierig. Wenn sich dort nichts tue, müsse man überlegen, über höhere Ebenen zu gehen und politischen Druck auszuüben. Es sei durchaus denkbar, dass die Flugtauglichkeit im Sinne eines Reserveflugplatzes beibehalten werde und aus Sicht der NATO es nicht gewünscht ist, diesen Flugplatz aufzugeben. **Er** sei aber permanent am Ball.

Zur Kenntnis genommen

TOP 11 Haushaltsplan der Adolf-Ahlers-Stiftung für das Jahr 2012

FinA Nr. 7 vom 15. Oktober 2012

VA Nr. 14 vom 30. Oktober 2012

Vorlage: BV/0227/2011-2016

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Diskussion

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsentwurf 2012 der Adolf-Ahlers-Stiftung wird als Satzung beschlossen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 12 Aufhebung der Satzung der Stadt Jever über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen

**VA Nr. 14 vom 30. Oktober 2012
Vorlage: BV/0247/2011-2016**

Herr Schönbohm führt aus, dass die SWG-Fraktion sich entschlossen habe, der Satzungsauflösung nicht zuzustimmen. Sie sei der Meinung, nachdem man im Bereich der Wirtschaftsförderung bereits eine Zuständigkeit des Rates abgegeben habe, dass man hier einen weiteren Punkt habe, wo man eine Zuständigkeit ohne Not abgebe. Es stelle sich die Frage, was jetzt als nächstes komme, wo der Rat seine Zuständigkeit abgeben solle.

Herr Rüstmann erklärt, dass es hier nicht um einen Machtverlust für den Rat gehe, da die Zuständigkeiten so bleiben, wie sie seien. Diese sollen nur in eine andere Form gekleidet werden. Bisher habe man eine Satzung gehabt, die Zuständigkeiten regelte, und zwar für die Bürgermeisterin und den Verwaltungsausschuss. Der Rat sei hier gar nicht betroffen gewesen. Jetzt werden die Vorschriften in einer Regelung überführt, die nur die Zuständigkeiten der Bürgermeisterin im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung mit denselben Wertgrenzen wie bisher regelt. Im Umkehrschluss gelte dann, dass in allen anderen Fällen der VA zuständig sei. Es bleibe insofern alles beim Alten.

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Satzung der Stadt Jever über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen vom 21.04.1994 wird zum 09.11.2012 aufgehoben.**
- 2) In Artikel 1 Nr. k der Richtlinie über die Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung und die Delegation von personalrechtlichen Befugnissen werden Wertgrenzen eingefügt.**

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 21 Nein 7

TOP 13 Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen durch den Rat

**VA Nr. 14 vom 30. Oktober 2012
Vorlage: BV/0260/2011-2016**

Die Vorsitzende verliest die Namen der Spender und die Höhe der Zuwendungen.

Sie lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die für die Stadt Jever eingegangenen Spenden in Höhe von 12.487,03 Euro werden gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG entsprechend der beigefügten Anlage angenommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 14 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:35 Uhr.

Genehmigt:

Elke Vredenburg
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Uwe Hagestedt
Protokollführer/in